

430/J

der Abgeordneten Langthaler, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wirtschaft

betreffend: Verbot von PVC

Seit Jahrzehnten wird vor den ökologischen und gesundheitlichen Gefahren, die von PVC ausgehen, gewarnt. Ein Verbot von PVC ist aus umwelt- und gesundheitspolitischer Sicht erforderlich. Bereits im Jahr 1989 hat der Nationalrat eine Entschlieung hinsichtlich des Verbotes von PVC für kurzlebige Konsumgüter und Verpackungsmaterial verabschiedet.

Nach der Katastrophe von Düsseldorf ist die Diskussion über den Kunststoff PVC um eine zusätzliche Dimension erweitert worden. PVC-Kabel waren maßgeblich an der Brandkatastrophe beteiligt. Die brennenden Kabel trugen zur raschen Ausbreitung des Brandes bei und setzten ätzende Salzsäure sowie große Mengen hochgiftiger Dioxine frei. Zudem entwickelte das PVC extrem viel Rauch, der den Menschen die Flucht erschwerte. Hinzu kommt, daß es für alle PVC-Anwendungen bereits sichere und weniger umweltbelastende Alternativen gibt; wie etwa chlorfreie Kabel auf Polyethylenbasis, die nicht nur brandsicherer sind, sondern auch deutlich weniger Rauch, und keine Salzsäure und Dioxine freisetzen. Fünf deutsche Bundesländer (Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Hessen) sowie 200 deutsche Städte haben bereits Beschränkungen für den Einsatz von PVC in öffentlichen Gebäuden erlassen.

Aufgrund seiner gravierenden Umweltrisken ist PVC auch ein wesentlicher Angriffspunkt von ökologisch orientierten Wissenschaftlern sowie von Umweltgruppen. Der Ausstieg aus der PVC-Nutzung ist mehr als überfällig.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft folgende

ANFRAGE

1. In wievielen und welchen öffentlichen Bauten wurde PVC (in welchem Ausmaß) eingesetzt?
2. In wievielen und welchen öffentlichen Bauvorhaben wird PVC (in welchem Ausmaß) eingesetzt?
- 2a In wievielen und welchen Bauten und Bauvorhaben wurde bzw wird PVC (in welchem Ausmaß) eingesetzt?
3. Werden Sie aus den Vorfällen rund um den Brand des Düsseldorfer Flughafens irgendwelche Konsequenzen ziehen?
4. Wenn ja; welche?
5. Wenn nein; warum nicht?
6. Sprechen Sie sich für eine Verordnung aus, die ein generelles Verbot von PVC zum Inhalt

hat?

7. Wenn nein; unterstützen Sie zumindest ein PVC-Verbot für kurzlebige Konsumgüter und Verpackungsmaterial, gemäß der EntschlieÙung des Nationalrates (aus dem Jahre 1989 !) zu erlassen?

8. Zur Zeit gibt es bereits eine Vielzahl von Ersatzstoffen für PVC; was gedenken Sie zu unternehmen, daß diese auch tatsächlich verstärkt eingesetzt werden?